Abstimmungsheft

Änderungsanträge zu L01 1
Änderungsanträge das gesamte Programm betreffend 1
Änderungsanträge die Einleitung betreffend 2
Anträge zum Kapitel Wohnungen für die Menschen: bezahlbar und gemeinnützig 4
Änderungsanträge zum Kapitel Gutes Leben auf dem Land 4
Änderungsanträge zum Kapitel Aktionsplan gegen Armut 7
Änderungsanträge zum Kapitel Gesundheitsversorgung: bedarfsorientiert und nah am Menschen 7
Änderungsanträge zum Kapitel Arbeit, die zum Leben passt 8
Änderungsanträge zum Kapitel: Kultur – Medien – Sport: für eine demokratische und vielfältige Gesellschaft 8
Änderungsanträge zum Kapitel zukunftsfähige Finanzierung 10
Änderungsantrag zum neuen Kapitel Kindheit 10
Änderungsantrag zum Kapitel Weltanschaulich frei 13
Änderungsantrag zum Kapitel Klimaschutz 13
Änderungsanträge zum Kapitel Verkehrswende: nachhaltig und sozial 17
Änderungsanträge zum Kapitel Frieden 25
Änderungsanträge zum Kapitel Ehrenamt fördern 26
Änderungsanträge zu P1 27
Änderungsanträge zu I1 28
Änderungsanträge zu I2 28

Änderungsanträge zu L01

Änderungsanträge das gesamte Programm betreffend

ÄA 1 -L01: gesamtes Landtagsprogramm
Antragsteller*in: KV Emmendingen
Ersetzen von Gender „*“ durch „:“

Im Entwurf für das Landtagswahlprogramm werden alle Gendersternchen (Bsp. „Genoss*innen“) durch Genderdoppelpunkte ersetzt (Bsp. „Genoss:innen“)

Begründung: Zur besseren Zugänglichkeit des Programms, beispielsweise durch Vorleseprogramme, empfiehlt sich die Verwendung von Doppelpunkten.

Änderungsanträge die Einleitung betreffend

ÄA 7-L01 :Z 91
Antragsteller: Antikapitalistische Linke (AKL)
Nebensatz in Zeile 91 ersetzen

Vorschlag Teilübernahme: Die vielen Menschen, die Baden-Württemberg ausmachen, werden nicht gerecht am Reichtum dieser Gesellschaft beteiligt, den sie selbst erarbeiten.

Ursprünglicher Antrag:
Die vielen Menschen, die Baden-Württemberg ausmachen, ~~werden nicht gerecht am Reichtum dieser Gesellschaft beteiligt~~ haben nichts von dem Reichtum der Gesellschaft, den sie selbst erarbeiten.

ÄA 8-L01: Z 99
Antragsteller: Antikapitalistische Linke (AKL)
In Zeile 99 einfügen

Vorschlag Teilübernahme: Wir wollen mit Dir zusammen dieser Politikwechsel sein und wir können ihn nur mit dir, mit euch erkämpfen - im Landtag und außerhalb. Nur gemeinsam können wir diese ungerechten Verhältnisse ändern!

Ursprünglicher Antrag:
Wir wollen mit Dir zusammen dieser Politikwechsel sein und wir können ihn nur mit dir, mit euch gemeinsam erkämpfen, denn mit dem Parlament allein werden wir die ungerechten Verhältnisse nicht ändern!

ÄA 10-L01: Z122
Antragsteller*in OV Cannstatt
Zeile 122 und 123 ersetzen durch:

Vorschlag Teilübernahme: Textpassage ins Kapitel Arbeit übernehmen.

Ursprünglicher Antrag:
~~Wir sind überzeugt, dass es mehr demokratische Mitbestimmung im Alltag und im Arbeitsleben braucht.~~ Wir sind überzeugt, dass die Ursache von Arbeitsplatzvernichtung, Betriebsschließungen, Klimakatstrophe, Kriegen, Flucht, Hunger und Elend ihre Ursache im krisenhaften und zerstörerischen kapitalistischen System liegen. Es beruht auf Profitproduktion und Konkurrenzkampf. Deshalb verbinden wir Gegenwehr gegen Angriffe von Seiten des Kapitals und seiner Parteien mit dem Kampf für die Überwindung des Kapitalismus. Unser Ziel ist eine

sozialistische Demokratie. Banken und Konzerne müssen in Gemeineigentum überführt werden. Diejenigen, die den gesamten gesellschaftlichen Reichtum erarbeiten müssen demokratisch über Produktion und Verteilung entscheiden. Statt um den Profit geht es dann um die Bedürfnisse von Mensch und Natur. Statt Konkurrenzkampf gibt es Kooperation und Solidarität.

ÄA 11-L01 : Z 130
Antragsteller*in: Sebastian Böhm
Ergänzung nach Zeile 130

Vorschlag Teilübernahme: Thema Ewigkeitschemikalien ins Kapitel Sozial-ökologische Land- und Forstwirtschaft, Arten und Tierschutz übernehmen.

Und ja, da wo die Lebensgrundlagen und Gesundheit von Kindern und noch Ungeborenen durch Artensterben und Ewigkeitschemikalien bedroht sind, braucht es auch eine vollumfängliche Regulierung und einen wirksamen Schutz.

Begründung:
Ein Experte aus unseren Reihen wies mich darauf hin, dass die massive Bedrohung durch Ewigkeitschemikalien (PFAS/TFA) im Programmentwurf bislang fehlt. Dieses Thema hat gerade in jüngster Zeit eine gesellschaftliche und mediale Dynamik entwickelt, die bei der ursprünglichen Aufstellung des Programms so noch nicht absehbar war. Jüngste Reportagen, wie "Gefahr im Trinkwasser" von ZDF/Die Spur, zeigen die Brisanz für die öffentliche Gesundheit. Gleichzeitig reagiert die Industrie – so wird der Chemiekonzern Solvay zum 1. Januar 2026 konzernweit aus dem Geschäft mit PFAS aussteigen. Umso wichtiger ist es, dass wir als LINKE hierzu eine klare Haltung zeigen.

ÄA 12-L01 : Z 136
Antragsteller: Antikapitalistische Linke (AKL)
Nach Zeile 136 einfügen:

Keine leeren Versprechungen mehr. Stattdessen unser Versprechen: Wir sind nicht käuflich und vertreten Deine Interessen auch nach der Wahl. Unsere Landtagsabgeordneten behalten von den üppigen Abgeordnetendiäten (Stand 1.7.2025 9.322 plus 2.169 Euro für die Rentenversicherung) nur einen Durchschnittslohn des jeweiligen Vorjahres (derzeit 2.950 Euro netto monatlich). Der Betrag darüber geht als Abgabe an die Partei sowie in einen Fonds für soziale Bewegungen und andere Projekte, die den Zielen der Partei dienen, linke Strukturen aufzubauen und den gesellschaftlichen Widerstand gegen Ausbeutung und Unterdrückung stärken.

Anträge zum Kapitel Wohnungen für die Menschen: bezahlbar und gemeinnützig

ÄA 24-L01 : Z 231
Antragsteller: Antikapitalistische Linke (AKL)
Zeile 231 bis 234 streichen

- ~~**Verbindliche Mietspiegel aufstellen,** für alle Städte über 25.000 Einwohner*innen. Dabei müssen bestehende Mietverhältnisse zwingend in die Berechnung einfließen. Alternative Wohnformen wie z. B. Wohngemeinschaften sollen dabei als eine Wohnung gelten.~~

Begründung:
Mietspiegel widerspiegeln Marktmieten und entsprechen nicht der Forderung „Keine Profite mit der Miete“.

ÄA 25-L01: Z 242
Antragsteller: Antikapitalistische Linke (AKL)
Zeile 242 streichen

- ~~Recht auf Wohnen in der Landesverfassung verankern~~

Begründung:
Es nützt uns überhaupt nichts, wenn das in der Landesverfassung steht. Abgesehen davon gibt es dafür im nächsten Landtag keine Mehrheit. In Bayern steht in Art. 106 der Landesverfassung: „Jeder Bewohner Bayerns hat Anspruch auf eine angemessene Wohnung“. Dieser Anspruch wird aber nicht eingelöst und wird im Kapitalismus auch nie eingelöst werden.

Änderungsanträge zum Kapitel Gutes Leben auf dem Land

ÄA 31-L01: Z 324
Antragsteller*in: KV Heidenheim
Ersetzung des Kapitels zum ländlichen Raum (Z. 324-383)

Rund **34 %** der Menschen in Baden-Württemberg leben im ländlichen Raum – sie erwirtschaften etwa ein Drittel der Wirtschaftsleistung des Landes. Unsere Dörfer und Kleinstädte sind lebenswerte Orte mit eigener Kultur und Wirtschaft. Dennoch fühlen sich viele ländliche Regionen abgehängt. Der demografische Wandel trifft sie hart: Junge Menschen ziehen oft weg, weil Ausbildungs- und Kulturangebote fehlen; Ältere bleiben zurück und kämpfen mit immer dünnerer Infrastruktur. Bus- und Bahnverbindungen wurden ausgedünnt, viele Gemeinden haben keinen Arzt mehr vor Ort – geschätzt fehlen rund **1000 Hausärzt*innen** im Bundesland, besonders spürbar in den ländlichen Gebieten. Häufig gibt es kein Krankenhaus in zumutbarer Nähe, kein Gymnasium im Umkreis. Schnelles Internet und Mobilfunk sind ebenfalls nicht überall

selbstverständlich: Baden-Württemberg liegt bei Glasfaseranschlüssen bei einer Abdeckung von nur **12 %** aller Gebäude auf dem letzten Platz aller Flächenländer. Diese digitale Kluft benachteiligt ländliche Räume bei Firmensiedlungen und Homeoffice-Möglichkeiten.
Auch finanziell sind viele ländliche Kommunen klamm. Die Gemeinden müssen Kitas, Schulen, ÖPNV, Kultur etc. stemmen, haben aber oft geringere Einnahmen. 2024 verbuchten die baden-württembergischen Kommunen mit **fast 3 Mrd. € Defizit** das größte Minus ihrer Geschichte. Wenn gespart werden muss, trifft es häufig die „freiwilligen Leistungen" – etwa Jugendarbeit, Bibliotheken, Schwimmbäder – was die Lebensqualität vor Ort weiter senkt.
Unser Anspruch muss sein: **Gleichwertige Lebensverhältnisse** in Stadt und Land. Das Grundgesetz verpflichtet uns dazu. Es darf keine „zweite Klasse" von Bürger*innen geben, nur weil sie auf dem Dorf wohnen. Ein Dorf ohne Arzt, ohne Nahverkehr, ohne Laden – dort bleiben irgendwann nur noch die, die müssen. Diese Spirale wollen wir durchbrechen.
Ländliche Regionen haben enorme Potenziale – Lebensqualität, Natur, Gemeinschaft – die es zu stärken gilt.
Der Ansatz der Linken
Wir setzen auf eine **aktive Regionalpolitik**, die Kooperation statt Konkurrenz fördert. Stadt und Land dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden – sie sollen sich ergänzen. Unser Ansatz umfasst:

- **Infrastrukturgarantie für jede Region:** Jeder Bewohnerin, egal wo, muss grundlegende Daseinsvorsorge in erreichbarer Nähe haben: Gesundheitsversorgung, Bildung, Mobilität, digitale Anbindung. Wo der Markt versagt, muss das Land fördern oder selbst eingreifen – etwa durch Landarzt-Programme, kreisübergreifende Mobilitätskonzepte oder Breitband-Ausbau bis in den letzten Weiler.
- **Landesförderung regional gerecht verteilen:** Weg von der einseitigen Bevorzugung der Boomstädte, hin zu fairem Ausgleich. Wir wollen einen Regionalfonds einrichten, der strukturschwachen Gegenden gezielt Mittel für Zukunftsprojekte gibt. Die Kommunalfinanzen werden wir stärken, z.B. durch Anhebung des kommunalen Anteils am Steuerverbund und eine Aufgaben-Kosten Kopplung. Das heißt, wenn das Land Aufgaben überträgt, dann soll es auch dafür bezahlen. Kommunen sollen so handlungsfähig bleiben, ohne z.B. Bäder oder Museen schließen zu müssen.
- **Wirtschaft vor Ort stärken:** Wir setzen auf mittelständische Betriebe, Handwerk sowie soziale und ökologische Unternehmen in der Fläche. Das Land soll Gründungen im Ländlichen Raum erleichtern (Beratung, Mikrokredite, Förderprogramme), insbesondere für genossenschaftliche Unternehmen. Wir möchten die Landwirtschaft regionalisieren: Direktvermarktung und Bio-Landbau fördern, damit Wertschöpfung in der Region bleibt. Der Ausbau der Erneuerbaren Energien schafft zudem Arbeitsplätze auf dem Land – diese Chancen wollen wir heben, z.B. mit Bürgerenergie-Genossenschaften.
- **Kultur und Leben auf dem Land fördern:** Dorfleben muss attraktiv bleiben. Wir wollen **Kultur für alle** – auch außerhalb der Städte: mehr mobile Angebote wie beispielsweise Kinomobile, Bücherbusse, Wandertheater sowie Unterstützung für Vereine und Jugendtreffs. Wir setzen uns dafür ein, dass es in jedem Landkreis

Jugend- und Sportangebote gibt. Wenn Geld knapp ist, kürzen viele Kommunen als erstes bei Kultur und Jugendeinrichtungen – dem treten wir entgegen mit höheren Landeszuschüssen und Notfallprogrammen. Auch den Ausbau von Nachtbussen am Wochenende fördern wir, damit alle sicher nach Hause kommen.

Unser Leitbild ist die **gleichwertige Entwicklung** aller Landesteile. Dafür wollen wir einen Pakt zwischen Stadt und Land: Metropolen und ländliche Räume arbeiten zusammen, lernen voneinander und teilen Ressourcen. Große Städte können z.B. Patenschaften übernehmen – etwa ein Kulturprojekt gemeinsam mit Umlandgemeinden betreiben. Das Land soll solch einen Austausch moderieren und finanziell unterstützen.

Konkrete Maßnahmen:

- **Landesprogramm „Regionalentwicklung 2.0“:** Auflage eines Programms, das strukturschwachen Regionen gezielt Mittel für Projekte bereitstellt (z.B. Reaktivierung von Gewerbebrachen, Innovationszentren, kulturelle Begegnungsstätten). Kommunen bewerben sich mit Ideen, ein Landesbeirat entscheidet. Ziel: Pro Regierungsbezirk mindestens ein Pilotprojekt pro Jahr.
- **Kommunale Finanzen stärken:** Wir reformieren den **Kommunalen Finanzausgleich (FAG)**. Konkret: Anhebung des Gemeindeanteils am Steuerverbund um mindestens 2 Mrd. € jährlich und eine konsequente Aufgaben-Kosten Kopplung. Ziel: Insbesondere finanzschwache Landkreise und Gemeinden erhalten mehr Spielraum. Maßnahme: Gesetzesnovelle FAG, Schaffung einer unabhängigen Schlichtungsstelle für Kostenübertragungsfälle.
- **Breitband und Mobilfunk für alle:** Gründung einer **Landesbreitband-GmbH** (ggf. gemeinsam mit kommunalen Netzgesellschaften), die den Ausbau in weißen Flecken selbst in die Hand nimmt, bei der private Anbieter nicht investieren. Finanzierung über Landesmittel und Kredite, Rückfluss über langfristige Nutzungsentgelte – ein Modell, das z.B. im Kreis Altenkirchen erfolgreich praktiziert wird. Ziel: **100 % Gigabit-Abdeckung bis 2030** – kein Haushalt bleibt offline. Ebenso setzen wir uns im Bund für verbindliche Mobilfunk-Versorgungsauflagen ein (100 % Abdeckung bis 2028). Ziel: Keine Funklöcher mehr.
- **Landärzte und Gesundheitszentren:** Ausweitung des Landarzt-Programms: Stipendien für Medizinstudierende, die sich verpflichten, nach dem Examen einige Jahre auf dem Land zu praktizieren. Zusätzlich Förderung von Gemeindeschwester- und Telemedizin-Modellen, damit auch Orte ohne Arzt zumindest übergangsweise eine Grundversorgung haben (z.B. regelmäßige Sprechstunden per Telemedizin mit Assistenz vor Ort). Ziel: Jeder Landkreis soll eine Ärzteversorgung von mind. 1 Hausarzt pro 1.600 Einwohner erreichen (aktuell fehlen ~1000 Hausärzte im Land).
- **Mobilität im ländlichen Raum:** Neben der landesweiten Mobilitätsgarantie unterstützen wir in jedem Landkreis mit Bedarf ein **Bürgerbus-Programm**. Ehrenamtlich organisierte Kleinbusse können Taktlücken im ÖPNV schließen; das Land fördert Fahrzeuge und Betrieb. Außerdem setzen wir uns für flächendeckende Rufbus- und Sammeltaxi-Systeme in den Abendstunden ein. Ziel: Kein Dorf ohne Anschluss – 24/7 soll zumindest ein Rufmobil erreichbar sein.

- **Regionale Wirtschaftsförderung:** Wir richten beim Wirtschaftsministerium eine **Stabsstelle Ländliche Wirtschaft** ein, die gezielt Unternehmen unterstützt sich auf dem Land niederzulassen (Beratung zu Förderprogrammen, Standortsuche). Existenzgründerinnen auf dem Land erhalten einen Bonus: ihre Investitionsförderung wird um z.B. 10 % erhöht gegenüber Gründungen, die in der Stadt statt finden. Wer seinen Betrieb genossenschaftlich organisiert, kann höhere Förderungen erhalten. Ziel: Mehr Arbeitsplätze vor Ort, weniger Abwanderung junger Menschen, Förderung der Mitbestimmung der Arbeiter:innen durch genossenschaftlich organisierte Betriebe.
- **Wohnen und Bauen im Dorfkern:** Das Land fördert Modellprojekte für **Neue Dorfzentren** – etwa die Umnutzung leerstehender Gebäude zu Wohnraum, Co-Working-Spaces, Dorfläden oder Ärztehäusern. Im Landeswohnungsbauprogramm wird ein fester Anteil der Fördermittel für ländliche Kommunen reserviert, damit auch dort sozialer Wohnungsbau entsteht. Ziel: Belebte Ortskerne – **kein Dorf ohne Grundversorgung** (Bäcker, Lebensmittelgeschäft, Treffpunkt).

Begründung des Antrages:
Im aktuellen Entwurf des Landtagswahlprogramm sind einige der angegeben inhaltlichen Punkte unterrepräsentiert.

Änderungsanträge zum Kapitel Aktionsplan gegen Armut

ÄA 33-L01 : Z 427
Antragsteller*in: KV Mannheim
Forderungspunkt nach Zeile 427 Hinzufügen

- Recht auf Arbeit: die Umsetzung eines Rechtsanspruchs auf Arbeit, sodass allen Menschen die bei Anlaufstellen des Staates nach Arbeit fragen eine armutsfeste Stelle in ihrer Nähe zur Verfügung gestellt werden muss.

Änderungsanträge zum Kapitel Gesundheitsversorgung: bedarfsorientiert und nah am Menschen

ÄA 42-L01 : Z. 471
Antragsteller: Antikapitalistische Linke (AKL):
Z 471 f. „Profite dürfen mit unserer Gesundheit nicht gemacht werden“ ändern in:

Krankenhäuser sowie Pflegeeinrichtungen gehören in die öffentliche Hand. ~~Profite dürfen mit unserer Gesundheit nicht gemacht werden~~ Private Krankenhäuser, Pflegeeinrichtungen sowie Pharma- und Medizintechnikindustrie müssen in kommunales Eigentum überführt und demokratisch verwaltet werden. Das ist eine der Grundvoraussetzungen dafür, dass mit Krankheiten kein Profit gemacht werden. Im Gegenteil,

die Gutverdienenden müssen ihren Anteil in eine einheitliche Krankenversicherung einzahlen. Gleiches gilt für die Pflegeversicherung.

Änderungsanträge zum Kapitel Arbeit, die zum Leben passt

ÄA 88-L01 : Z1017
Antragsteller*in: KV Mannheim
Ergänzung

- Transformation der Arbeit im Sinne der Beschäftigten: [...] Aufbau und Ausbau öffentlicher Arbeitsunternehmen, die dafür da sind allen Personen, die keine Arbeit haben, sei es durch Stellenabbau oder anderen Gründen, eine armutsfeste Stelle anzubieten. Und so diese Personen vor der Arbeitslosigkeit und Armut zu beschützen.

ÄA 90-L01: Z 1020
Antragsteller*in: KV Heidenheim
Ergänzung nach Zeile 1020

- **Förderung von Genossenschaften:** Genossenschaftlich organisierte Unternehmen erhalten Vorrang für Ausschreibungen, sowie potentiell höhere Förderungen in subventionierten Bereichen.

Begründung des Antrages:
Die Aufnahme und Durchsetzung des Abschnitts ist ein erster, wichtiger, reformistischer Schritt in die Richtung einer demokratischen Wirtschaft.

Änderungsanträge zum Kapitel: Kultur – Medien – Sport: für eine demokratische und vielfältige Gesellschaft

ÄA 95-L01: Z 1070-1071
Antragsteller*in: KV Emmendingen
Ergänzung nach Z 1070

- Wir wollen ein Förderprogramm des Landes für Vereine, die sich um den Erhalt historischer Fahrzeuge, Infrastruktur oder Industrieanlagen verdient machen, beispielsweise Museumseisenbahnen.

ÄA 97-L01: Z 1148 + 1149
Antragsteller*in: KV Pforzheim
Streichung von Z 1148 + 1149

Abstimmung

- ~~**Sicherheit bei Großveranstaltungen** durch die Polizei gewährleisten. Keine Abwälzung der Kosten auf die Vereine.~~

Begründung:
- Fußballspiele mit hohem Gewaltpotenzial (sogenannte Hochrisikospiele) erfordern massive Polizeieinsätze.
- Die Kosten dafür werden bislang in Baden-Württemberg vollständig vom Staat getragen – also von den Steuerzahlern.
- Das Bundesverfassungsgericht hat 2025 entschieden, dass Bundesländer berechtigt sind, Veranstaltern diese Kosten in Rechnung zu stellen.
- **Unverhältnismäßige Belastung der Allgemeinheit:** Steuerzahler finanzieren Sicherheitsmaßnahmen für kommerzielle Veranstaltungen, obwohl sie selbst keinen Nutzen davon haben.
- **Profitorientierte Veranstalter:** Fußballvereine und die DFL erzielen hohe Einnahmen durch Ticketverkauf, Sponsoring und TV-Rechte – tragen aber keine Verantwortung für die Sicherheitskosten.
- **Ungleichbehandlung gegenüber anderen Branchen:** Bei privaten Events oder Demonstrationen müssen Veranstalter oft für Sicherheitsvorkehrungen aufkommen – warum nicht auch im Profifußball?
- Die Allgemeinheit sollte nicht für privatwirtschaftliche Veranstaltungen zahlen.
- Solidarität darf nicht zur Subventionierung kommerzieller Interessen führen.
- Vereine hätten ein finanzielles Interesse, Gewalt durch Fans zu verhindern.
- Investitionen in Fanarbeit und Sicherheitskonzepte würden steigen.
- Bremen erhebt bereits Gebühren – mit Erfolg.
- Rheinland-Pfalz prüft ebenfalls eine Umsetzung.
- Das Bundesverfassungsgericht hat die rechtliche Grundlage bestätigt.
- Eine landesrechtliche Regelung wäre sofort umsetzbar.

Die aktuelle Praxis in Baden-Württemberg ist nicht mehr zeitgemäß. Eine faire und verantwortungsvolle Lösung wäre die Einführung einer Gebührenregelung für Polizeieinsätze bei Hochrisikospielen. Das schützt den Steuerzahler, fördert Gewaltprävention und stärkt das Verantwortungsbewusstsein der Veranstalter.

ÄA 98-L01: Z 1150
Antragsteller*in: KV Pforzheim
Streichung von Z 1150

Abstimung
- ~~**Überwachung und Kriminalisierung von Fangruppierungen beenden**~~

Begründung: Die betrifft vor allem den Männerfußball, welche in Teilen der Fankultur fragwürdige Praktiken der Gewalt Einzug gehalten haben.

In vielen anderen Sportarten gibt es so etwas nicht. Als Beispiel darf man auch mal international schauen. In der Formel1, in der amerikanischen Basketballliga und Eishockeyliga (auch sehr viel Kommerz und Geld) sitzen die Fans nebeneinander und werden nicht getrennt. Hier gibt es keine Fanblocks und keine Hochrisikospiele.
Sinnvoller wäre es mehr Zeit und Geld in Gewaltprävention von Seiten der Vereine und Fanbeauftragten zu stecken.
Wir finden dies nicht passend in einem Landtagswahlprogramm

Änderungsanträge zum Kapitel zukunftsfähige Finanzierung

ÄA 100-L01: Z 1208-1216
Antragsteller*in: KV Tübingen
Streichung in Z 1208-1209

- **Grundsteuer gerecht gestalten:** ~~Wir wollen, dass der Wert des Gebäudes Bestandteil der Kalkulation der Grundsteuer wird und nicht nur der Bodenrichtwert.~~ Das neue, einfachere Grundsteuerrecht in Baden-Württemberg fördert dichtere und suffizientere (angemessene) Bebauung. Mit der Einführung wurden aber auch, absichtlich oder nicht, Gewerbegrundstücke deutlich entlastet. Die Ermäßigung für Wohngrundstücke im § 40 Landesgrundsteuergesetz wollen wir deshalb erhöhen. Um die Mieter*innen nicht zu belasten, fordern wir ein Verbot der Umlagefähigkeit der Grundsteuer auf die Wohnungsmiete. Wir fordern daher auch von der neuen Landesregierung hierzu eine Bundesratsinitiative.

Begründung: Die neue Grundsteuer ohne Ertragswertbesteuerung fördert dichtere Bebauung und belastet so z. B. Einfamilienhäuser stärker als Wohnungen in Mietshäusern. Eine Abschaffung der neuen Grundsteuer wäre daher falsch, eine Anpassung, wie sie im folgenden Satz des Programmentwurfs auf Initiative der Antragstellerinnen bereits vorgeschlagen wird, wäre jedoch geboten. Diese von den Antragsstellerinnen vorgeschlagene und als zweiter Satz aufgenommene Formulierung war nicht als Ergänzung, sondern als Ersatz des ersten Satzes gedacht – im jetzt vorliegenden Entwurf widersprechen sich deswegen die beiden Sätze. Es gibt unterschiedliche Ansichten zum Für und Wider der Grundsteuerreform. Im Programm sollten wir uns aber für eine Richtung entscheiden – wir plädieren für die Beibehaltung der reinen Bodenwertbesteuerung und die Streichung des ersten Satzes.

Änderungsantrag zum neuen Kapitel Kindheit

ÄA 114-L01 : Z 1535
Antragsteller*in: KV Böblingen, Katrin Penzenstadler
Ergänzung neues Kapitel zu Kindheit

Kindheit

Kinder sind eigenständige Persönlichkeiten mit Rechten – nicht nur „zukünftige Erwachsene“. In Baden-Württemberg wächst jedes fünfte Kind in Armut auf, viele erfahren fehlenden Schutz oder ungleiche Chancen. Deshalb macht Die Linke Kindheit zu einem eigenen Punkt im Wahlprogramm: weil Kinderrechte Menschenrechte sind, weil Kinderschutz Priorität hat und weil gerechte Zukunftschancen hier beginnen.

Jedes Kind hat das Recht auf Schutz, Förderung, Beteiligung und Bildung – wie es die UN-Kinderrechtskonvention festschreibt. Wir fordern, dass die UN-Kinderrechte in die Landesverfassung Baden-Württemberg eingefügt werden und diese Rechte in allen politischen Entscheidungen verbindlich zu verankern. Kindheit ist kein Durchgangsstadium, sondern eine eigene Lebensphase mit eigenen Rechten und Bedürfnissen. Wer Kinder nur als „zukünftige Erwachsene“ sieht, macht sie unsichtbar. Wir kämpfen für eine Politik, die Kinder als Subjekte ernst nimmt – mit Mitbestimmung, Schutz und Raum zur freien Entfaltung, hier und heute.

Um Kinderarmut entschieden zu bekämpfen, fordern wir kostenfreie und qualitativ hochwertige Betreuung und Bildung von der Kita bis zur Hochschule sowie eine bessere finanzielle Unterstützung von Familien. Kinderschutz muss in Baden-Württemberg oberste Priorität haben: durch eine personell gut ausgestattete Jugendhilfe, durch niedrigschwellige Beratungsangebote und durch verbindliche Schutzkonzepte in Schulen, Kitas und Freizeiteinrichtungen.

Kinder brauchen sichere Orte, an denen sie spielen, lernen und sich entfalten können. Deshalb wollen wir mehr öffentliche, barrierefreie Spiel- und Begegnungsräume schaffen, sichere Schulwege und eine kinderfreundliche Mobilität gewährleisten sowie Kultur- und Sportangebote ausbauen, die allen Kindern unabhängig vom Einkommen ihrer Eltern offenstehen. Ein kinderfreundliches Baden-Württemberg bedeutet für uns: kein Kind wird zurückgelassen, jedes Kind wird geschützt, und alle Kinder haben die Möglichkeit, ihre Welt aktiv mitzugestalten.
Auch im digitalen Raum brauchen Kinder besonderen Schutz. Wir setzen uns ein für klare gesetzliche Regelungen gegen Überwachung, Datenmissbrauch, Cybermobbing und kommerzielle Ausbeutung von Kindern im Netz. Gleichzeitig setzen wir uns für altersgerechte, werbefreie und nicht-kommerzielle digitale Angebote ein, die Kindern Zugang zu Information, Bildung und Teilhabe ermöglichen – unter demokratischer Kontrolle und fernab von Profitinteressen.

Eine kinderfreundliche Gesellschaft erfordert mehr als gute Bildung und sichere Orte. Sie beginnt mit der grundsätzlichen Haltung, Kinder nicht zu bevormunden oder zu marginalisieren. Wir stellen uns entschieden gegen Adultismus – die systematische Abwertung von Kindern aufgrund ihres Alters. Kinder werden häufig übergangen, nicht ernst genommen oder auf später vertröstet. Wir kämpfen dafür, dass ihre Stimmen, Perspektiven und Bedürfnisse heute zählen – in der Politik, in der Familie, in der Schule und im öffentlichen Raum.

Kinder dürfen nicht an den Rand der Gesellschaft gedrängt werden – weder symbolisch noch sozial. Sie gehören ins Zentrum politischer Entscheidungen. Dazu braucht es nicht nur kinderfreundliche Institutionen, sondern auch Räume, in denen Kinder ohne Leistungsdruck, Aufsicht oder Konsumzwang einfach Kind sein können. Wir setzen uns für nicht-institutionalisierte, kindgerechte Räume und Mobiliar in Nachbarschaften, Wohnanlagen, Parks und öffentlichen Gebäuden ein – Orte, die Kinder selbst gestalten können und die ihnen echte Selbstbestimmung ermöglichen.

Auch Familien müssen gestärkt werden – nicht durch Kontrolle, sondern durch Solidarität. Wir setzen uns ein für unabhängige, wohnortnahe Familienberatungsstellen, die kostenlos, mehrsprachig und ohne Angst vor Repression zugänglich sind. Denn gute Familienpolitik bedeutet, allen Menschen, die Verantwortung für Kinder tragen, verlässliche Unterstützung anzubieten – frei von Stigmatisierung und Leistungslogik.

Ein kinderfreundliches Baden-Württemberg heißt für uns: Kinder werden nicht übergangen, sondern gehört. Sie werden nicht angepasst, sondern ermutigt, sich frei zu entfalten. Und sie werden nicht aussortiert, sondern als gleichwürdige Mitglieder unserer Gesellschaft anerkannt.

Begründung:
Ein eigener Punkt „Kindheit“ im Wahlprogramm der Linken Baden-Württemberg ist wichtig, weil er eine zentrale politische Botschaft sichtbar macht:

Kinder sind eigenständige Persönlichkeiten mit Rechten
Die UN-Kinderrechtskonvention stellt klar, dass Kinder nicht nur als „zukünftige Erwachsene“ betrachtet werden dürfen. Ein eigener Abschnitt hebt hervor, dass Kinderrechte in allen politischen Bereichen – von Bildung über Gesundheit bis hin zu Mitbestimmung – ein eigenständiges Gewicht haben.

Kinderarmut ist ein gesellschaftliches Kernproblem
In Baden-Württemberg lebt jedes fünfte Kind in Armut oder ist armutsgefährdet. Das wirkt sich unmittelbar auf Gesundheit, Bildungschancen und soziale Teilhabe aus. Ein eigener Programmpunkt macht deutlich, dass Die Linke Armut nicht als Randthema, sondern als eine der größten sozialen Ungerechtigkeiten betrachtet, die direkt bei den Jüngsten beginnt.

Kinderschutz braucht Sichtbarkeit und Priorität
Der Schutz von Kindern vor Gewalt, Missbrauch, Vernachlässigung und Ausbeutung darf nicht zwischen anderen Politikfeldern verschwinden. Ein eigener Abschnitt betont, dass Kinderschutz verbindlich, umfassend und ressortübergreifend gedacht werden muss.

Öffentliche Räume und Zukunftschancen
Kinderfreundliche Orte, sichere Mobilität und kostenfreie kulturelle wie sportliche Angebote sind keine Nebensache, sondern Grundvoraussetzung für ein gutes Aufwachsen. Mit einem

eigenständigen Kapitel wird signalisiert: Politik für Kinder bedeutet Politik für die Zukunft des Landes.

Gesellschaftspolitisches Signal
Ein Wahlprogramm, das Kindheit klar hervorhebt, macht deutlich: Die Linke versteht Kinderrechte als Menschenrechte und als Prüfstein für eine gerechte Gesellschaft. Es zeigt, dass Politik nicht nur kurzfristige Interessen verfolgt, sondern konsequent die Bedingungen für kommende Generationen verbessern will.

Änderungsantrag zum Kapitel Weltanschaulich frei

ÄA 119-L01: Z 1605-1609
Antragsteller*in: KV Tübingen
Ergänzung in Z 1609

- Staatlich geschützte Feiertage für christliche, jüdische und muslimische Religionsgemeinschaften. Das muslimische Fest des Fastenbrechens Eid al-Fitr bzw. Ramadan Bayrami und das jüdische Yom Kippur sollen gesetzliche Feiertage in Baden-Württemberg und auch in ganz Deutschland werden, denn der Islam und das Judentum gehören zu Deutschland. Im Ausgleich für diese beiden und den 8.3. schlagen wir zur Abschaffung vor: das Erscheinungsfest, den Pfingstmontag und Allerheiligen.

Begründung: Wenn man neue Feiertage fordert, ist es glaubwürdiger, auch zu benennen, welche man abschaffen würde. Baden-Württemberg hat jetzt schon ein, zwei Feiertage mehr als die anderen Bundesländer. Wir setzen uns zwar für eine Arbeitszeitreduzierung mit Lohnausgleich ein, das aber über die Hintertür über das Feiertagsgesetz zu machen wäre unehrlich (und würde den arbeitenden Menschen nicht so viel bringen).
Die vorgeschlagenen Feiertage zu streichen, beträfe Schüler*innen und Lehrer*innen wegen der Lage der Schulferien fast gar nicht. Sie sind teilweise überhaupt nur in sehr wenigen anderen Bundesländern bzw. EU-Mitgliedsstaaten gesetzliche Feiertage. Welche Feiertage man nennen würde, ist aber zweitrangig.

Änderungsantrag zum Kapitel Klimaschutz

ÄA 122-L01: Z 1642
Antragsteller: Antikapitalistische Linke (AKL)
Zeile 1642 zweiter Satz bis 1652 ersetzen durch

Seit Jahren verliert die Baden-Württembergische Industrie massiv Arbeitsplätze. In der Automobil- und Zuliefererindustrie – der

Schlüsselbranche des Landes – wurden bereits Zehntausende von Arbeitsplätzen vernichtet. ~~Der Einfluss der Automobilindustrie auf die Politik hat die Industrie in eine tiefe Krise gestürzt. Nicht die Abschaffung des Verbrennermotors, sondern das Festhalten daran, hat dazu geführt, dass die Absatz- und Exportzahlen der Automobilindustrie eingebrochen sind. Eine Politik nach Lobby- und Konzernwünschen bedroht Wohlstand und Arbeitsplätze. Eine Politik der sozial-ökologischen Transformation schafft zukunftsfähige Arbeitsplätze und neuen Wohlstand. Die Konzeptlosigkeit der grün-schwarzen Landesregierung ist erschreckend. Weder die klimapolitisch unverantwortbare Verlängerung des Verbrenners, die Luxusstrategie, teure und unverhältnismäßig große Autos zu bauen, noch die reine Antriebswende oder gar das boomende Geschäft mit dem Tod, der Rüstungsindustrie, sind Lösungen im Interesse der Beschäftigten und der Mehrheit der Bevölkerung.~~
Der Grund für die Krise der Autoindustrie ist die weltweite Überproduktion von Autos. Kapazitäten für 100 Millionen Autos steht nur ein globaler Absatz von 80 Millionen gegenüber. Diese Überproduktion wird verursacht durch das chaotische kapitalistische System mit seinem Privateigentum an Produktionsmitteln, Produktion für Profit und Konkurrenzkampf. Jeder Konzern, jeder Nationalstaat versucht auf Kosten der Konkurrenz seinen Markt zu verteidigen bzw. zu vergrößern. Dies ist der Hintergrund für die von Trump verhängten Zölle, die die deutschen Autoexporte hart treffen. Gleichzeitig machen die technologisch überlegenen chinesischen Autokonzerne den deutschen Herstellern in China und Europa Konkurrenz. Noch stärker als die Absätze sind aufgrund von Zöllen, Abwertung des Dollars und des Konkurrenzdruck die operativen Gewinne eingebrochen.

Begründung:
Es sind nicht Managementfehler und auch keine falsche Politik, die die Krise der Autoindustrie verursacht hat. Die Krise der Autoindustrie ist eine typische Überproduktions- oder besser gesagt, Überkapazitätskrise und entspricht der marxistischen Krisentheorie.

ÄA 123-L01: Z. 1652
Antragsteller: Antikapitalistische Linke (AKL)
In Zeile 1652 einfügen:

Die Überkapazitätskrise der Autoindustrie fällt zusammen mit der Klimakatastrophe. Um die CO2-Emissionen zu reduzieren, muss der Individualverkehr drastisch reduziert werden. Batterieelektrisch betriebene Autos sind keine Zukunftstechnologie für die Sicherung von Arbeitsplätzen und für die Rettung des Klimas. Beim Bau von E-Autos entsteht mehr CO2 als bei Verbrennern. Da der Strom nur zum Teil aus erneuerbaren Energien stammt, sind E-Autos auch im Betrieb nicht CO2-frei. Der Bau der geplanten Million Ladepunkte bis 2030 emittiert viel CO2. Der Abbau von Rohstoffen, die für E-Autos gebraucht werden, hat in der neokolonialen Welt desaströse ökologische und soziale Folgen. Alle anderen Schäden des Individualverkehrs gelten auch für das E-Auto: Verkehrstote, Verletzte, Flächenverbrauch, Lärm, Feinstaub, Mikroplastik

durch Reifenabrieb. Die angebliche Transformation ist Propaganda fürs Greenwashing und für den Abbau von Arbeitsplätzen.
Mit einer Konversion der der Autoindustrie für vorrangig öffentliche Verkehrsmittel könnten die Arbeitsplätze und die Qualifikation der Beschäftigten in der Autoindustrie und das Klima gerettet werden. Stattdessen werden brachliegende Kapazitäten derzeit für Rüstungsproduktion genutzt. Das lehnen wir ab. Denn jede Waffe sucht einen Krieg als Abnehmer. Wo Panzer produziert werden, können auch nützliche Fahrzeuge produziert werden. Wenn der Staats Panzer bestellen kann, kann er auch Schienenfahrzeuge bestellen.

Begründung:
Auf die Frage ob Verbrenner oder E-Autos besser sind sollte sich DIE LINKE gar nicht einlassen. Beides rettet weder Arbeitsplätze noch das Klima und überwindet nicht die Krise. Wir brauchen einen gut ausgebauten öffentlichen Verkehr mit Nulltarif im Nahverkehr und günstigen Tarifen im Fernverkehr. Die Erfahrung zeigt, dass Menschen dann mehr und mehr auf den öffentlichen Verkehr umsteigen.

ÄA 124-L01: Z. 1657
Antragsteller: Antikapitalistische Linke (AKL)
Zeile 1657: „als Sofortmaßnahmen“ streichen

Um Arbeitsplätze und Standorte zu sichern, fordert Die Linke ~~als Sofortmaßnahmen~~:

Begründung:
Wir vermuten und hoffen, dass mit „Arbeitsplätze und Standorte zu sichern“ nicht nur ein paar Arbeitsplätze und Standorte, sondern alle Arbeitsplätze und Standorte gemeint sind. Dafür ist ein Kampf notwendig, der zwar sicher bei Sofortmaßnahmen beginnt, aber bei ihnen nicht stehen bleibt. Deshalb können wir uns nicht auf Sofortmaßnahmen beschränken, sondern müssen für eine ganze Palette von Maßnahmen eintreten, die eine Brücke von den unmittelbaren Kämpfen zur Überwindung des Kapitalismus bilden.

ÄA 127-L01: Z. 1670
Antragsteller: Antikapitalistische Linke (AKL)
1670 bis 1676 ersetzen durch

- ~~Beschäftigungsbrücke für die älteren Beschäftigten in die ungekürzte Rente.~~
- ~~Keine staatlichen Gelder ohne Garantien für Beschäftigung und Standorte.~~
- ~~Sichere tarifliche Standards für die Beschäftigten.~~
- ~~Die Belegschaften mit ihren Betriebsräten und die Gewerkschaften, müssen beiwichtigen Entscheidungen zur Beschäftigungs- und Standortsicherung ein Vetorecht bekommen.~~
- Überführung aller Betriebe, die dicht gemacht oder verlagert

werden in Landeseigentum und Erstellung eines demokratisch mit Gewerkschaften und Belegschaften erarbeiteten Produktionsplanes mit Erhalt aller Arbeitsplätze und des erreichten Lohnniveaus
- Überführung der Autokonzerne und großen Zulieferbetriebe in Gemeineigentum und demokratische Verwaltung und Kontrolle durch Belegschaften und Gewerkschaften. Erstellung eines Produktionsplanes zur Umstellung der Autoindustrie auf gesellschaftlich sinnvolle Produktion mit garantierter staatlicher Abnahme. In die Erstellung eines solchen Produktionsplanes sind neben gewählten Vertreterinnen aus den Belegschaften und Gewerkschaften auch Vertreterinnen von Kommunen, Umwelt- und Verkehrsverbänden sowie Vertreter:innen der Klimabewegung, des BUND und des Aktionsbündnisses gegen Stuttgart 21 einzubeziehen.

Begründung:
Grundvoraussetzung für den Erhalt der Arbeitsplätze und der Rettung des Klimas, ist, dass den Aktionären und Managern der Autoindustrie die Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel entzogen wird. Dann können die riesigen Gewinnrücklagen, die aktuellen Gewinne, die Fähigkeiten der Beschäftigten endlich genutzt werden für eine gesellschaftlich sinnvolle Produktion bei Erhalt aller Arbeitsplätze und erkämpften tariflichen Standards. Die Porsche- und Quandtclans, die reichen und Superreichen Aktionäre von Daimler, Porsche und Co. können sich dann nicht länger mehrstellige Millionenbeträge jedes Jahr durch Ausbeutung der Belegschaften aneignen.

ÄA 131-L01: 1687
Antragsteller: Antikapitalistische Linke (AKL)
1687 bis 1693 streichen

~~Konversion und Transformation der Automobilkonzerne und Zulieferer in die Produktion von nachhaltigen Mobilitätsgütern, unter Beteiligung der Betriebsräte und Gewerkschaften. Dazu hat die Landesregierung Transformationsräte zu bilden, die dafür ein tragfähiges Konzept erstellen. Mitglieder sind neben den Unternehmensvertretern, Betriebsräte, Gewerkschafter, Vertreter*innen von Kommunen, Umwelt- und Verkehrsverbänden sowie Vertreter*innen der Klimabewegung.~~

Begründung:
Transformationsräte in denen Unternehmer, Betriebsräte, Gewerkschafter:innen und andere ein Konzept für eine Transformation im Interesse aller erarbeiten, sind völlig illusorisch. Die Unternehmer werden sich nicht darauf einlassen. Solange ihnen das Kapital gehört, können sie entscheiden was sie wollen, ob sie die Produktion schließen, ins Ausland verlagern, auf Rüstungsproduktion umstellen...
Die Linke darf keine Illusionen in den Kapitalismus schüren, sondern muss anhand der Krise deutlich machen, dass der Kapitalismus abgeschafft werden muss.

Änderungsanträge zum Kapitel Verkehrswende: nachhaltig und sozial

ÄA 133-L01: Z 1724-1811
Antragssteller*in: Andreas Willhauk (KV Mannheim), mitgezeichnet von KV Mannheim und KV Göppingen, unterstützt durch KV Main–Tauber, KV Pforzheim, KV Konstanz und KV Rems–Murr.
Änderungen ab Z 1724-1811

Vorschlag Teilübernahme: „Als Hauptziel“ streichen, Text wie folgt:

Baden-Württemberg gehört zu den Bundesländern mit der höchsten Autodichte: pro 1000 Einwohner*innen 613 Autos. Wer kein Auto besitzt, ist besonders im ländlichen Raum in seiner Mobilität stark eingeschränkt, weil kaum Busse fahren, kein Bahnanschluss besteht, Barrierefreiheit ein Fremdwort ist oder der ÖPNV mehr Lücken als Verlässlichkeit aufweist. In Städten wohnen viele mit niedrigen Einkommen an vielbefahrenen Straßen und tragen das Gesundheitsrisiko. Das wollen wir ändern. Schon allein aus klimapolitischen Gründen brauchen wir eine Mobilitätswende. Schließlich ist der ~~Verkehr bundesweit für rund 1/5 der CO2 -Emissionen verantwortlich, im Ländle sind es rund 1/4.~~ Verkehrssektor für ein Viertel der Treibhausgas-Emissionen im Land verantwortlich – und hat als einziger nicht zur Reduktion beigetragen.

Die Mobilitätsstudie der Technischen Universität Dresden aus dem Jahr 2023 zeigt, dass Frauen zwischen 30 und 50 deutlich mobiler als Männer sind, also mehr Wege zurücklegen. Das ist zurückzuführen auf die überdurchschnittliche Übernahme von Sorgetätigkeiten durch Frauen. Für uns bedeutet das, dass wir Mobilität und Verkehr feministisch denken müssen.

~~Viele Menschen haben Sorge, dass bei der Umstellung auf E-Mobilität die Kosten weiter hoch bleiben und die Langlebigkeit der Autos nicht gewährleistet ist. Um eine klimafreundliche und langlebige Mobilität zu gewährleisten, fordern wir ein gesichertes Recht auf Reparatur und die Produktion und Bevorratung entsprechender Ersatzteile. Mobilität ist eine wichtige Grundlage für gesellschaftliche Teilhabe.~~ Baden-Württemberg liegt in einer Schlüsselposition für den Gütertransport in Europa. Durch das Ländle gehen die wichtigen Korridore Rotterdam–Genua und Paris–Budapest/Prag. Die Autobahnen 5, 6, 8 und 81 sind am Limit und gehören zu den meistbefahrenen in Deutschland. Bis 2040 erwarten Experten etwa 20 % Zuwachs im Güterverkehr. Dem allen muss eine richtige Verkehrs- und Klimawende standhalten. Ein Güterzug emittiert pro Tonne und Kilometer etwa 80 % weniger Treibhausgase als ein Lkw. Und doch werden nur 18 Prozent des Güterverkehrs in Baden-Württemberg über die Schiene transportiert. Damit das von der letzten Koalition verabschiedete Ziel von 25 Prozent Anteil erreicht wird, wollen wir den Transport von Gütern auf der Schiene und den

Bundeswasserstraßen ausbauen. Denn gerade in den Ballungsräumen muss der Schwerlastverkehr auf den Straßen reduziert werden.

Die Linke will ~~Als Hauptziel will Die Linke~~ eine Mobilitätsgarantie, dass jede*r Einwohner*in Baden-Württemberg jederzeit von A nach B kommt, ohne ein Auto besitzen zu müssen.

Um dieses Ziel zu erreichen, wird Die Linke im nächsten Landtag ein nachhaltiges Mobilitätskonzept vorlegen. Schwerpunkte sind:

- **Städte und Kommunen der kurzen Wege:** Die Besorgungen des täglichen Bedarfs, wie Bürgeramt, Lebensmittel einkaufen, Arztbesuche, Apotheke, usw. müssen in der Regel zu Fuß erreich~~t werden.~~bar sein. Dazu sind die städtebaulichen Voraussetzungen und Förderprogramme für die Kommunen zu schaffen.
- **Fahrradwege werden zügig und umfassend ausgebaut.** Kinder müssen zu Fuß oder mit dem Fahrrad sicher zur Schule kommen. Radschnellwege ~~an vorhandene Straßen koppeln.~~ wollen wir mit Hochdruck ausbauen – auch außerhalb der Metropolregion Stuttgart. Keine weiteren Flächen für Asphaltstraßen verbrauchen, sondern vorhandene Straßen zurückbauen. Baden-Württemberg stockt die Mittel des Bundes für den Ausbau der Fahrradwege um jährlich 100 Millionen Euro auf. Die Höchstförderbeträge für die Kommunen werden deutlich aufgestockt. Ärmere Kommunen sollen nicht das Nachsehen haben.
- **An den Treffpunkten für soziales Leben gibt es Mobilitätsstationen mit Umstiegs-, Leih- und Abstellmöglichkeiten für unterschiedliche Fahrzeuge.** Wir wollen dies durch den landesweiten Ausbau eines Netzes von On-Demand-Kleinbussen, Carsharing, Rideshare-Fahrzeugen und Leihfahrrädern erreichen. Wir machen **multimodale Strecken** und **klimafreundliche Mobilität** so einfach wie möglich. So sollen perspektivisch das Rideshare-Auto zum nächsten Bahnhof, das Zugticket in die Stadt und das Leihrad in der Stadt alle über eine Schnittstelle zugänglich sein.
- **[...]**
- Wir setzen uns für eine **Entkriminalisierung von Schwarzfahren** ein. Wer ohne Fahrkarte fährt, macht sich bisher strafbar, während Falschparker und Temposünder mit einer Ordnungswidrigkeit davonkommen. Gegen diese Kriminalisierung von Armut wenden wir uns entschieden.
- Wir setzen uns dafür ein, dass die Landesregierung die **Regionalisierungsmittel** (die Gelder für den Schienenpersonennahverkehr) von 12,7 Mrd. auf 25,4 Mrd. Euro **verdoppelt**. Außerdem soll die Landesregierung ein Programm in Höhe von jährlich 500 Millionen Euro zur Finanzierung der kommunalen Verkehrsgesellschaften auflegen, damit der ÖPNV zügig ausgebaut werden kann.

Begründung:

Das alte Programm hat viel darüber geschrieben, *dass* wir etwas fordern, aber fast gar nicht, *wie* wir das konkret umsetzen wollen. Dieses Problem behebt dieser Änderungsantrag.

Zu neuem Absatz „Güterverkehr“: Hier wird das wichtige Thema des Güterverkehrs in den Vordergrund gebracht. Im Leitantrag stand dort der Absatz über ein *Recht auf Reparatur* von Elektroautos. Abgesehen davon, dass Verkehrswende „Weg vom Auto“ bedeutet und nicht „Hin zum E-Auto“, ist das Thema *Recht auf Reparatur* bei Verkehrswende fehl am Platz und hat mehr mit Verbraucherschutz zu tun. Darüber hinaus operieren wir hier mit Halbwahrheiten – es gibt keine Knappheit an Ersatzteilen bei Elektroautos und Langlebigkeit ist ein Verbrenner-Problem.

Zu Stichpunkt „Mobilitätsstationen“: Notwendige Ergänzungen, Stichpunkt alleine ist nicht aussagekräftig bzw. klar genug. Teilweise inhaltliche Einbettung von Z. 1759–1763 im Leitantrag.

Darüber hinaus kleinere redaktionelle Anpassungen aus Vorschlägen im KV Konstanz ohne weitere Begründung.

ÄA 134-L01: Z 1731-1737
Antragsteller*in: KV Emmendingen
Ersetzen in Z 1736-1737

Viele Menschen haben Sorge, dass bei der Umstellung auf E-Mobilität die Kosten weiter hoch bleiben und die Langlebigkeit der Autos nicht gewährleistet ist. Um eine klimafreundliche und langlebige Mobilität zu gewährleisten, fordern wir ein gesichertes Recht auf Reparatur und die Produktion und Bevorratung entsprechender Ersatzteile. Mobilität ist eine wichtige Grundlage für gesellschaftliche Teilhabe. Die Linke will eine Mobilitätsgarantie, ~~dass jede*r Einwohner*in Baden-Württemberg jederzeit von A nach B kommt, ohne ein Auto besitzen zu müssen~~ das heißt einen Rechtsanspruch auf eine adäquate ÖPNV-Anbindung und Taktung für alle Orte und Ortsteile mit mind. 1000 Einwohnern.

Begründung: Die Formulierung „jederzeit von A nach B kommen“ ist sehr schwammig und unkonkret – die ganze Forderung einer „Mobilitätsgarantie“ wirkt dann unglaubwürdig. Daher schlagen wir vor eine ganz konkrete Perspektive aufzuzeigen, was unter einer „Mobilitätsgarantie“ verstanden werden könnte.

ÄA 135-L01: Z 1759-1763
Antragsteller*in: KV Emmendingen
Ersetzen in Z 1761-1763
Teilübernahme muss nicht abgestimmt werden

Den ÖPNV kontinuierlich ausbauen: Insbesondere i~~I~~m ländlichen Raum werden Taktzeiten von mindestens 30 Minuten verwirklicht, so dass auch

dort die Menschen ohne Auto mobil sind. Die letzte Strecke von der Endhaltestelle bis zum Wohngebiet wird durch den zügigen Ausbau eines Netzes beispielsweise von Kleinbussen und Ruftaxis abgedeckt. Auch nachts soll es ein durchgehendes Grundangebot geben.

Begründung: Auch in größeren Gemeinden und Städten ist ein 30-min-Takt nicht überall selbstverständlich, daher sollten wir das nicht ausschließlich für den ländlichen Raum fordern. Nachts fährt vielerorts garnichts auch das sollte thematisiert werden.

ÄA 136-L01: Z. 1769
Antragsteller: Antikapitalistische Linke (AKL)
Z 1769-1770 ändern in:

~~Der immer weiter verschobene Betrieb des Tunnelbahnhofs kann die oberirdischen Gleise nicht ersetzen, allenfalls ergänzen.~~ Wir fordern weiterhin den Baustopp von Stuttgart 21 und die sinnvolle Nutzung der bereits gebauten Teilstücke ausgehend von den Vorschlägen der Bewegung gegen Stuttgart 21 (Umstieg 21)

Begründung:
auch wenn der Bau inzwischen weit fortgeschritten und damit ein gigantischer und unumkehrbarer finanzieller, ökologischer etc. Schaden angerichtet ist, ist 1. der vollständige Bau keineswegs gesichert, drohen 2. weitere unmittelbar damit zusammenhängende ebenfalls teure und umweltschädliche Projekte wie der Pfaffensteigtunnel als notwendige Ergänzung, bleiben 3. die Risiken und Schäden durch einen Betrieb von Stuttgart 21 wie unlösbare Brandschutzrisiken oder höherer Energieverbrauch bei Zugfahrten in Tunneln.

ÄA 140-L01: Z 1786-1787
Antragsteller*in: KV Emmendingen
Ergänzung nach Z 1786

- Wir wollen weitere grenzüberschreitende Schienenverbindungen einrichten, und insbesondere die Verbindung von Freiburg nach Colmar wiederherstellen.

ÄA 146-L01: Z 1813-1828

Antragssteller*in: Andreas Willhauk (KV Mannheim), mitgezeichnet von KV Mannheim und KV Göppingen, unterstützt durch KV Main–Tauber, KV Pforzheim, KV Konstanz und KV Rems–Murr.
Der Wortlaut von Z. 1813–1828 wird unter Einbeziehung der beiden bisherigen Absätze in drei neuen Kapitel „Bezahlbarer ÖPNV für alle –

Deutschlandticket muss bleiben!“, „Ausbau Gütertransport auf der Schiene vorantreiben“ und „Bessere Bahn für alle – mehr Ausbau, Reaktivierung und Neubau“ ersetzt:

Bezahlbarer ÖPNV für alle – Deutschlandticket muss bleiben!

Das Deutschland-Ticket und das Jugendticket BW sind trotz allen seinen Hürden ein Garant für einen besseren und zugänglichen ÖPNV. An diesem Erfolg muss festgehalten werden.

Das Jugendticket BW wurde im Dezember 2023 für 365 Euro im Jahr eingeführt und ersetzte alles an Schüler- und Semestertickets von vorher – zu einem deutlich geringeren Preis. Durch die Preiserhöhung des D-Tickets zum Jahreswechsel 2025 um 9 Euro wurde still und heimlich diese volle Preiserhöhung an das Jugendticket BW weitergegeben. Und damit nicht genug, wurden die Preise 2026 erneut angehoben – ein Wortbruch der Bundesregierung, mitgetragen von den Verantwortlichen im Land. Das alles darf nicht sein! **Wir sind gegen jede Preiserhöhung des Deutschland-Tickets und des Jugendticket BW.**

Die Linke fordert ein solidarisches Preissystem im ÖPNV. In einem ersten Schritt fordern wir ein flächendeckendes 29-Euro-Ticket, welches kostenfrei für Studierende, Schüler*innen, Auszubildende, Rentner*innen und einkommenslose bzw. einkommensschwache Menschen zur Verfügung steht. Perspektivisch fordern wir einen ticketfreien ÖPNV. Es hat sich gezeigt, dass günstige Tickets den Umstieg zu Bussen und Bahn befördern. Dafür soll die Landesregierung 400 Millionen jährlich im Haushalt zur Verfügung stellen.

Moratorium beim Ausbau von Straßen – Sanierung von Straßen und Brücken

Der Sanierungsbedarf bei den Brücken und Straßen in Baden-Württemberg ist enorm. Die Linke will durchsetzen, dass die Sanierung absoluten Vorrang hat, das heißt auch, dass der Aus- und Neubau von Autobahnen, Autobahnauffahrten und Bundesfernstraßen (z. B. die B31 West) gestoppt wird. Die freiwerdenden finanziellen Mittel, Planungs- sowie Baukapazitäten müssen dringend zur Sanierung eingesetzt werden.

Ausbau Gütertransport auf der Schiene vorantreiben

Eine klimafreundliche Wende geht nur mit Zügen. Die Linke fordert, den Güterverkehr auf der Schiene fit für die nächsten Jahrzehnte zu machen, Baden-Württemberg soll Vorreiter werden. Hierzu müssen wir mehr Kapazitäten auf Schienentrassen bringen, durch Ausbau **und** Neubau. Hoch genutzte Autobahn-Korridore sollen durch Bahntrassen neu erschlossen und so entlastet werden:

- (Mannheim Rbf –) Walldorf – Heilbronn – Schwäbisch Hall – Crailsheim (– Nürnberg) entlang BAB 6
- (Würzburg –) Osterburken – Heilbronn – Stuttgart – Singen (– Zürich) entlang BAB 81

Diese neuen Bahnkorridore sollen an Bestandsstrecken anbinden und, wo sinnvoll, vom Personenverkehr für Regional- und Fernzüge mitgenutzt werden. Das Land soll sich dafür einsetzen, diese neuen Trassen mittels Machbarkeitsstudien zu erörtern und anschließend schnellstmöglich im Bundesverkehrswegeplan als vordringlichen Bedarf einzutragen.

Bessere Bahn für alle – mehr Ausbau, Reaktivierung und Neubau

Seit dem Neun-Euro-Ticket fahren sehr viel mehr Menschen mit der Bahn. Viele Bahntrassen laufen deshalb seit Jahren weit über Kapazität und das Mehr an dringend gebrauchten Züge kann schlichtweg nicht fahren. Nur 71 Prozent der Trassen sind elektrifiziert, viele Strecken sind nur eingleisig. Die vergangenen Landes- und Bundesregierungen wirken ambitionslos, wenn es um ein Konzept für den Zugverkehr der Zukunft geht. Die jetzige Bundesregierung hat ein 500 Milliarden Euro großes Sondervermögen für Investitionen hinter sich, aber ihr fällt nichts ein, um unsere Infrastruktur des 21. Jahrhunderts würdig zu machen.

Die Linke will frischen Wind und neue Ideen für die Bahn in den Landtag einbringen, deshalb fordern wir:

- Das Land soll eine neue **Gesamtstudie** anfertigen über die technische Machbarkeit der **Elektrifizierung & Zweigleisigkeit aller Bahnstrecken**. Strecken, bei denen dies bereits in Planung ist, sollen im Zeitplan bestmöglich beschleunigt werden. Dort, wo eine Elektrifizierung der Bahnstrecke mittels Oberleitungen nicht möglich ist, kommen batteriebetriebene Züge zum Einsatz. Wasserstoffprojekte im Bus- und Bahnverkehr lehnen wir ab.
- **Hauptkorridore** sollen einen **dichteren Takt mit längeren Zügen** bekommen. Dazu sollen die Bahnsteige auf mindestens 210 m verlängert werden. Als Mindestziel sollte ein landesweit flächendeckender 30-Minuten-Takt gesetzt werden. In den Nächten auf Samstag, Sonntag und Feiertage soll ein gänzlicher Nachtbetrieb eingeführt werden.
- Haltestellen, die vor Jahrzehnten aufgrund ihrer Wirtschaftlichkeit stillgelegt wurden (z.B. entlang Crailsheim – SHA-Hessental, Osterburken – Lauda), sollen wieder für den regulären Haltebetrieb reaktiviert werden.
- **Trassen mit überhoher Auslastung** (z.B. Mannheim – Heidelberg – Bruchsal – Karlsruhe) sollen **viergleisig ausgebaut** werden, sodass S-Bahn und Fern-/ Regionalverkehr eigene Gleise haben.
- Die **S-Bahn Stuttgart** soll auf einen Stammstrecken-Betrieb von 36 Zügen pro Stunde geplant werden (**alle Linien im 10-Minuten-Takt**). Dazu soll das gesamte Streckennetz der S-Bahn mit dem European Train Control System (ETCS) und die Stammstrecke mit Bahnsteigtüren (*Platform Screen Doors*) für einen reibungslosen Betrieb ausgerüstet werden.
- Mit Fertigstellung von **Stuttgart 21** soll direkt mit dem Bau eines dritten und vierten Gleis nach Feuerbach (**P-Option**) zur verkehrlichen Trennung des Fernverkehrs begonnen werden.
- **Die Regionalstadtbahn Neckar-Alb & der Ludwigsburger City-Express (LuCiE) müssen kommen**! Die beiden Regionen brauchen

ein robustes und konkurrenzfähiges ÖPNV-Netz, die allen zukünftigen Anforderungen gewachsen sind.

- Das Land soll sich vehement dafür einsetzen, dass die **Planungen** und Umsetzung der **Schnellfahrstrecke Mannheim – Frankfurt** und der **Aus- und Neubaustrecke Ulm – Augsburg nicht auf Eis gelegt** werden. Es kann nicht sein, dass sich die drittgrößte Volkswirtschaft der Welt selbst kleinste Expansionen ihres Fernverkehrsnetzes nicht leisten will!
- Die Planungen zur **Schnellfahrstrecke Mannheim/Heidelberg – Karlsruhe** sollen beschleunigt werden. Mannheim Hbf soll durch einen Lückenschluss zwischen den SFS nach Frankfurt und Stuttgart/Karlsruhe neue Gleise bekommen, die einen verkehrlich getrennten Betrieb von Fern- und Nahverkehr ermöglichen.
- Wo es nur geht, sollen **stillgelegte und zurückgebaute Bahnstrecken wieder reaktiviert** und bestehende Vorhaben stark beschleunigt werden. (z. B. Zabergäubahn, Lückenschluss Neckarelz – Aglasterhausen, Trasse Heidelberg – Schwetzingen – Speyer etc.)
- **Neue Trassen** sollen **für den Nahverkehr** erschlossen werden (Schwäbisch Gmünd – Göppingen – Kirchheim(Teck), Gaildorf West – Abtsgmünd – Aalen, Heilbronn – Neuenstadt – Möckmühl). Ein Lückenschluss Elzach – Hausach soll geprüft werden, um **direkte Zugverbindungen zwischen Stuttgart und Freiburg** zu ermöglichen.
- Das Land soll sich dafür einsetzen, dass ein **neuer Fernverkehrskorridor Zürich – Stuttgart – Heilbronn – Würzburg – Erfurt** (– Berlin) für bessere internationale und inländische Zugverbindungen erschlossen wird.
- Für den Aus-, Neubau und die Reaktivierung von Strecken fordern wir einen vollumfassenden **Bürokratieabbau** und eine **Digitalisierung** der Prozesse, um eine **einfachere, schnellere und verlässlichere Planung** zu gewährleisten. Zu diesem Zweck setzen wir uns für eine Reform bestehender Regulierungen ein, bspw. durch die Einführung von **Legalplanverfahren** und eines **Stichtagprinzips**.

Nachhaltige Verkehrsinfrastruktur in Kommunen und Städten

Die Linke will durch eine gute nachhaltige Verkehrsinfrastruktur die Voraussetzungen dafür schaffen, dass der motorisierte Individual- und Güterverkehr deutlich reduziert wird. So können die Innenstädte und Kommunen die verkehrsarmen oder verkehrsfreien Zonen nach und nach ausdehnen. Damit wird Platz geschaffen, um die Kommunen und Städte stärker zu begrünen und Wasser hereinzuholen. Das ist vor dem Hintergrund der Klimaerwärmung dringend notwendig, um die Gesundheit der Einwohner*innen zu schützen und die Städte lebenswert zu machen. Damit es endlich auch in Baden-Württemberg Modellstädte gibt – und nicht nur in anderen europäischen Ländern – setzt die Landesregierung zur Finanzierung ein Programm von 100 Millionen Euro jährlich auf.

Wir fordern daher:

- Das Land setzt sich für die "**Vision Zero**" ein (Null Verkehrstote). Innerorts soll in Städten Tempo 30 gelten und Brennpunkte sollen möglichst schnell verkehrs-beruhigt werden.
- Das Land unterstützt Gemeinden bei der Einführung von flächen- und kostendeckender Parkraumbewirtschaftung. Es soll nach Vorbild der Stadt Tübingen Preistarife nach Größe des Kfz gelten. Genauso soll eine flächendeckende Einführung des Mobilitätspasses angestrebt werden. Die Finanzierung des Mobilitätspasses soll nach französischem Vorbild um eine Arbeitgeberabgabe ergänzt werden.
- Für lebenswertere Städte fordern wir eine stadtweite Absenkung des Stellplatzschlüssels unter 1. In Neubauten soll der Schlüssel noch zusätzlich gesenkt werden, sofern in nächster Umgebung alternative Mobilitätsangebote wir Carsharing oder Mieträder angeboten werden. So sollen neue Räume für Menschen erschlossen und die Lebensqualität erhöht werden.
- Bei der Erschließung von neuem Wohnraum soll die Nahversorgung und die ÖPNV-Anbindung von Anfang an mitbedacht werden.

Begründung:
Zu Absatz „Bezahlbarer ÖPNV für alle": Hier wurde der Stichpunkt des Leitantrags (Z. 1797 *ff.*) eingebettet. Das Thema Preiserhöhung und ÖPNV ist zu wichtig, als dass man es einem kleinen Stichpunkt in einer einseitigen Liste unterordnet.

Zu Absatz „Ausbau Gütertransport": Hauptthese mehr Güter auf die Schienen. Die aktuellen Trassen (Rheintalbahn) sind ausgelastet und nicht allumfassend. Daher müssen neue Trassen gebaut werden. Alles andere wäre unehrlich bzw. NIMBYismus.

Zu Absatz „Bessere Bahn":
- Einbettung von Z. 1787–1792 im Leitantrag. Erwähnung von Zweigleisigkeit
- Einbettung von Z. 1759–1763 im Leitantrag + Nachtverkehr.
- Einbettung von Z. 1784–1786 im Leitantrag plus Beispiele.
- Zusätzliche Einschübe: selbsterklärend

Zu Stichpunkt Stillgelegte Bahnstrecken & neue Trassen: Dichteres Bahnnetz muss ausgebaut werden. Dazu müssen größere Lücken (*Transit Deserts*) geschlossen werden mit neuen Bahntrassen. Deshalb sind einige Beispiele für eine breite Diskussion in der Öffentlichkeit notwendig.

Zu Stichpunkt „Fernverkehrskorridor": Perspektivisch muss eine solche Relation für den Fernverkehr gebaut werden. So kann die Region Heilbronn (Stadt- & Landkreis = ~500.000 Einwohner) zum ersten Mal seit 1991 einen Fernverkehrsanschluss haben.

Zu Stichpunkt „Bürokratieabbau": Häufige Hürden beim Ausbau sind unzuverlässige Planungen, bei denen unklar ist, wie es um das Projekt

steht. Außerdem werden die großen bürokratischen Hürden teils auch von Projekt-ablehnenden Bürgerinitiativen genutzt, um Schritte zu verzögern, sabotieren und aufzuschieben. Berechtigte Einwände werden so im Gegenzug delegitimiert. Gerade diese aufschiebenden Effekte führen zu Kostensteigerungen und dem Unwillen, neue Infrastrukturinvestitionen zu tätigen.

Zu Absatz „Nachhaltige Verkehrsinfrastruktur“: Grundtext aus dem Leitantrag übernommen, sonst notwendige Ergänzungen und Fachtermini in dem Thema.

Änderungsanträge zum Kapitel Frieden

ÄA 155-L01: Z. 2004
Antragsteller: Antikapitalistische Linke (AKL)
Nach Zeile 2004 einfügen:

Vorschlag Teilübernahme:
Die Linke setzt sich für eine friedliche Lösung des Nahostkonflikts ein. Wir fordern einen sofortigen und dauerhaften Waffenstillstand im gesamten Gebiet Palästinas und Israels. Die Geiseln der Hamas müssen unverzüglich freigelassen werden. Die israelische Armee muss ebenso unverzüglich aus dem gesamten Gazastreifen abgezogen werden. Der Genozid an der palästinensischen Bevölkerung muss sofort gestoppt werden. Unsere Solidarität gilt den Menschen in Israel, Palästina und weltweit, die für ein sofortiges Ende des Krieges und der Besatzung kämpfen und sich gegen die ultrarechte Netanjahu-Regierung und die Hamas wenden

Ursprünglicher Antrag:
Die Linke stellt fest, dass die Netanjahu-Regierung, der selbsternannte Faschisten angehören, im Gazastreifen einen Genozid begeht. Sie setzt sich für eine friedliche Lösung des Nahostkonflikts ein und fordert dazu einen sofortigen und dauerhaften Waffenstillstand im gesamten Gebiet von Palästina und Israel und einen vollständigen Abzug der israelischen Armee aus dem gesamten Gazastreifen. Unsere Solidarität gilt den Menschen in Israel, Palästina und weltweit, die für ein sofortiges Ende des Krieges und ein Ende der Besatzung kämpfen und sich gegen die ultrarechte Netanjahu-Regierung, die Hamas und die globalen Profiteure wenden. Wir stellen fest, dass die bisher im Landtag vertretenen Parteien sich durch ihre Parteinahme für die Netanjahu-Regierung (siehe z.B. Landtagsdrucksache 17/7593) an deren Verbrechen mit schuldig gemacht haben.

Begründung:
angesichts der immer neuen Verbrechen der Netanjahu-Regierung versteht sich Parteinahme für die Palästinenser:innen in diesem zutiefst asymetrischen Konflikt von selbst. Die angeführte Landtagsdrucksache (https://www.landtag-bw.de/resource/blob/481158/8b4246920920bb2eb5a8fd9489508f0b/17_7593_D.pdf) zeigt, dass jede Behauptung, der Nahostkonflikt gehe die

Landespolitik nichts an, Unfug ist. Formulierungen des Antrags sind teils aus dem Chemnitzer Bundesparteitagsbeschluss übernommen (https://www.die-linke.de/partei/parteidemokratie/parteitag/chemnitzer-parteitag/beschluesse-und-resolutionen/detail/news/vertreibung-und-hungersnot-in-gaza-stoppen-voelkerrecht-verwirklichen/)

ÄA 159-L01: Z 2034
Antragsteller: Antikapitalistische Linke (AKL)
Nach Z 2034 einfügen:

- Keinerlei Zusammenarbeit des Landes Baden-Württemberg mit der Netanjahu-Regierung oder möglichen ähnlich ausgerichteten Nachfolgeregierungen.

Begründung:
ergibt sich aus Ergänzungsantrag nach Zeile 2004

Änderungsanträge zum Kapitel Ehrenamt fördern

ÄA 168-L01 : Z. 2340
Antragsteller*in: KV Böblingen, Vanessa Krause
Ergänzung Unterkapitel „Ehrenamtliche Hilfsorganisationen“ nach Z. 2340

Ehrenamt stärken – Bevölkerungsschutz sichern

Mehr als 90 % des Zivil- und Katastrophenschutzes in Deutschland werden von Ehrenamtlichen getragen: beim Deutschen Roten Kreuz, THW, DLRG, ASB, Feuerwehr, Maltesern, Johannitern sowie in Wohlfahrtsverbänden wie Caritas und Diakonie. In Baden-Württemberg engagieren sich mehrere 100.000 Menschen in solchen Organisationen – sie leisten unverzichtbare Arbeit bei Naturkatastrophen, Großschadenslagen und im Alltag. Doch obwohl sie unser aller Sicherheit garantieren, fehlt es an Anerkennung, Absicherung und politischen Rahmenbedingungen. Der Nachwuchs fehlt, die Motivation sinkt. Das Ehrenamt wird allein gelassen.

Ehrenamtliches Engagement verdient höchste Anerkennung – es darf jedoch nicht dazu missbraucht werden, staatliche Verantwortung zu ersetzen und personal- und Sachkosten einzusparen.

Die Linke fordert deshalb ein umfassendes Landesförderprogramm zur Stärkung ehrenamtlicher Hilfsorganisationen. Wir wollen die Einsatzfähigkeit dieser Strukturen langfristig sichern und das Ehrenamt attraktiv und gerecht gestalten.
Ehrenamtliche Organisationen brauchen eine verlässliche Grundfinanzierung für Personal, Ausrüstung und Infrastruktur – unabhängig von Spenden. Zusätzlich sollen

einsatzbezogene Mittel bei Katastrophenlagen bereitgestellt werden und nicht staatliche Hilfsorganisationen müssen mit staatlichen gleichgestellt werden, das heißt gleiche Bedingungen für alle Einsatzkräfte.

Steuerliche Entlastungen für Ehrenamtliche und unterstützende Arbeitgeber*innen sowie eine gerechte, einheitliche Aufwandsentschädigung für geleistete Stunden sind überfällig.
Echte Mitbestimmung ist ebenso zentral: Ehrenamtsbeiräte auf Landesebene sollen bei Förderentscheidungen mitreden können. Vor Ort müssen Organisationen von Anfang an in kommunale Projekte einbezogen werden. Für die Stärkung und Qualifizierung braucht es kostenfreie Schulungsangebote, den Ausbau von Ausbildungsstätten, Mentoring- Programme und die Anerkennung von Einsatzzeiten als rentenrelevante Leistungen.
Jugendgruppen und soziales Engagement müssen aktiv gefördert werden, um Nachwuchs zu sichern.
Auch die Infrastruktur vieler Organisationen muss modernisiert werden – von geschlechtergerechten Umkleiden bis hin zur digitalen Ausstattung.
Ein landesweiter Versicherungs- und Sicherheitsfonds soll Schutz bei Einsätzen, Übungen und Ausbildungen garantieren – inklusive Absicherung für Angehörige im Todesfall.
Gesellschaftliche Anerkennung darf nicht bei Sonntagsreden enden. Wir wollen landesweite Kampagnen für das Ehrenamt, sichtbare Wertschätzung vor Ort und konkrete Vorteile: einen Ehrenamtsbonus für Mobilität, Kultur und Bildung, Wohnraum- Initiativen für Ehrenamtliche sowie einen gesetzlichen Freistellungsanspruch und Lohnfortzahlung bei Einsätzen und Ausbildungen. Niemand soll Urlaub opfern müssen, um Leben zu retten.
Ehrenamt darf nicht am Papierkram scheitern. Wir fordern den Bürokratieabbau, standardisierte Verfahren und echte Unterstützung im Verwaltungsalltag.

Die Linke steht an der Seite derer, die sich freiwillig für das Gemeinwohl einsetzen. Sie verdienen Respekt, Sicherheit – und endlich die politische Unterstützung, die ihre Arbeit verdient.

Änderungsanträge zu P1

ÄA 1-P1: Z. 80
Antragsteller*in: geschäftsführender Landesvorstand
Ergänzung in Zeile 80

Über die Höhe des zusätzlichen Beitrags ist Einvernehmen mit dem Landesvorstand vertreten durch die/den Landesschatzmeister:in herzustellen.

ÄA : Z. 93
Antragssteller*in: Kreisverband Heidelberg / Badische Bergstraße
Ergänzung ab Zeile 93:

9. Der Landesparteitag fordert die Mandatsträger:innen unseres Landesverbandes in Bundestag, Landtag und Gemeinderatsfraktionen auf, für verfügbare Jobs öffentlich oder mindestens mitgliederöffentlich Stellenausschreibungen zu veröffentlichen. Dies ermöglicht Bewerbungen aus Kreisverbänden und Regionen, die keine eigenen Mandate oder Fraktionen haben. Gleichzeitig stellen wir Transparenz über bezahlte Posten in unserer Partei her und stärken damit den basisdemokratischen Mitgliedergedanken unserer Partei.

Begründung des Antrages:
Transparenz hört bei den Mandatsträger:innen selbst nicht auf. Auch bezahlte Stellen schaffen Machtverhältnisse und können zu Abhängigkeiten führen. Um diesem Risiko entgegenzuwirken, können wir die Vergabe von bezahlten Stellen transparenter gestalten. Gleichzeitig können sich so mehr Menschen einbringen. Der Antrag richtet sich nicht gegen die Mandatsträger:innen oder bisherige Angestellte in unserer Partei. Stattdessen soll er helfen, einen guten Rahmen für mehr Mitbestimmung und Transparenz zu etablieren und ein Verständnis für Personalbudget und die damit einhergehenden Prozesse bei den Mitgliedern zu schaffen.

Änderungsanträge zu I1

ÄA 1-I2: Z. 16
Antragsteller*in: geschäftsführender Landesvorstand
Streichung von Z. 49-50

~~II. Wir unterstützen die „Aktionszeitung – für eine Verkehrsindustrie mit Zukunft“ (https://aktionszeitung.de/) und beteiligen und an ihrer Verbreitung.~~

Begründung:
Erfolgt mündlich.

Änderungsanträge zu I2

ÄA 1-I2: Z. 16
Antragsteller*in: geschäftsführender Landesvorstand
Teilüberweisung an den Landesauschuss

Der 9. Landesparteitag, 3. Tagung, beschließt die Zeilen 7-33 und überweist die Zeilen 35-119 an den Landesausschusses.

Begründung:
Erfolgt mündlich.